

Für eilige Leser

am Dienstag morgen.

Troß ist in Begleitung der russischen Delegierten am Montag in Brest-Litowsk eingetroffen. Der Reichskanzler empfing am Sonntag eine Reihe von Fraktionsführern, denen er beruhigende Ausführungen über die gegenwärtige Lage geben konnte. Die meisten Fraktionen des Reichstages haben am Sonntag und Montag Sitzungen abgehalten. Die französischen Sozialisten haben den Nationalkongress zur Bekämpfung der durch Ausland neu geschaffene internationale Lage einberufen. Unsere Unterseeboote haben im westlichen Mittelmeer wieder acht Dampfer und drei Sealer mit rund 36.000 Tonnen Schiffsräum vertrieben. Der brasilianische Dampfer „Lagoa“ ist von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Eine unserer Unterseeboote hat die Hochöfen und Schmelzwerke von Rio de Janeiro (Stadt mit Hafen in der bightschen Provinz Pista) wirkungsvoll beschossen. Bei Cap San Vito (Sizilien) wurde eine italienische Bombardier durch ein deutsches Unterseeboot zum Schweigen gebracht. Oskalo von Avern und westlich von Cambrai entwickelten sich lebhaft Artilleriekämpfe, ebenso an der Aisne, bei Ornes und an der Meuse. Der polnische Reichstagspräsident ist mit dem Ministerpräsidenten Rudarszewski in Berlin eingetroffen. Wetterausgabe der amtl. fächs. Landeswetterwarte: Zeitweilige Niederschläge, sonst keine wesentliche Veränderung.

Ergebnis in Brest-Litowsk.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 7. Jan. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Troß ist in Begleitung der russischen Delegierten heute vormittag in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen dürften alsbald wieder aufgenommen worden sein. Gegenüber russischen Angaben ist bekannt, daß die Russen in Brest-Litowsk keine anderen Erklärungen abgegeben haben als die, die dementsprechend mitgeteilt worden sind. Die deutsche Mitteilung entspricht durchaus dem, was in den Protokollen über den Stand der Verhandlungen festgelegt worden ist. Die anderslautenden Mitteilungen des russischen Botschafters beruhen auf freier Erfindung. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine in Brest-Litowsk haben bisher einen günstigen Verlauf genommen. Die Ukraine wünscht den Frieden und die Verheilung freundschaftlicher Beziehungen zu den Mittelmächten.

Paris, 7. Jan. Die Petersburger „Pravda“ bringt in ihrem Kommentar zu den russischen Aufrufen keinerlei Angriffe auf Deutschland und schiebt die Schuld an den Schwereigenschaften der Kassen und den inneren Feinden Russlands zu. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der Frieden mit den Mittelmächten zustande kommt.

Aus dem Österreichisch-ungarischen Kriegspropagandier. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wien, 7. Jan. Oberst Gali telegraphiert aus dem Österreichisch-ungarischen Kriegspropagandier: Hier ist gegenwärtig die Auffassung von den Friedensverhandlungen mit Russland in Uebereinstimmung mit Deutschland sehr rubia. Die Verhandlungen haben das gegenseitige Verständnis zwischen den Regierungen wesentlich gefördert. Auf russischer Seite wurde wiederholt das gegen England schärft. (Wien, 7. Jan.)

Die ukrainischen Friedensforderungen.

Das ukrainische Propagandabüro meldet aus Kiev: Die Regierung vertritt die Teilnahme der Ukraine an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk an. Die Delegierten Professor Grunewald, Nimmitsch und Professor überreichen folgende Note: Die Ukraine verlangt allgemeine Friedenssicherung zwischen allen Kriegführenden und völlige Autonomie und Selbständigkeit für alle Völker. Ferner Anerkennung des Grundgesetzes, keine Kriegskontribution und kein Zwangsverzug, Anerkennung der Unabhängigkeit der ukrainischen Republik, eigene Regierung und Arme und diplomatische Vertretung. Der Friede muß durch Verträge aller unabhängigen Republiken der russischen Konföderation bindend unterzeichnet werden.

Das Protokoll von Brest-Litowsk.

Gegenüber der Auffassung, die teilweise in der Presse wiedergegeben worden ist, daß die Erklärung vom 28. Dezember über den Stand der Verhandlungen mit Russland nicht übereinstimmend hätte mit der Auffassung von den Teilnehmerstaaten der russischen Delegation, ist durch Einverständnis in das Protokoll der Verhandlungen in Brest-Litowsk festgestellt, daß die deutsche Veröffentlichung dem Stande der Verhandlungen und dem Inhalt des Protokolls durchaus entspricht und daß die Auffassung der russischen Delegation, wie sie in der neutralen und auch der russischen Presse dargestellt wurde, eine andere Darstellung erhebt, als sie den Tatsachen entspricht. Die Vertreter der Ukraine legen den größten Wert darauf, völlig selbständig neben der russischen Delegation zu verhandeln.

Der Verband und die russische Friedens Einladung.

Wien, 7. Jan. Die „tribuna“ schreibt halbamtlich: Italien kann auf die russischen Vorschläge nicht eingehen aus zwei Gründen: Der erste ist, daß Italien ohne die anderen Ententemächte nicht handeln kann, der zweite, daß die anderen Ententemächte Italien seine nationalen Ansprüche garantiert haben, und ihnen nicht die Gelegenheit genommen werden darf, ihre Berechtigungen einzubüßen.

Genf, 7. Jan. Der „Pariser Herald“ meldet: Die Entente, außer Amerika, wird als Gegenpart der Besinnung der alliierten Mächte die russische Friedens Einladung nicht beantworten.

Genf, 7. Jan. Die „Somania“ meldet die Einberufung des Nationalkongresses der französischen Sozialisten zur Bekämpfung der durch Ausland neu geschaffene internationale Lage.

Die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte.

Petersburg, 6. Jan. (Petersburger Telegr. Agentur.) Die in Tschka eröffnete Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der rumänischen Front nahm folgende Entschlüsse an: Die Verarmung der Vertreter der gesamten rumänischen Front erkennt nicht das Hauptquartier der Ententemächte an und stellt fest, daß die ukrainischen Kommunisten, welche die Gewalt in den Händen haben, von Rumänen unterstützt werden, die den rumänischen revolutionären Erben feindlich gesinnt sind. Die Verarmung hält eine solche Lage für die Revolution gefährlich. Die Verarmung besteht allen Ententemächten bis zur Erreichung anderer Maßnahmen, die Gewalt zu überwinden und die rumänische Front von den Gewaltrevolutionären zu säubern, welche die revolutionäre rumänische Front verderben. — Zum Protokoll gegen die Entschlüsse sind 80 Ukrainer abgetreten, die zur Mada halten, 20 sind Bolschewiki oder Revolutionäre der Linken. Die Entschlüsse wurden mit 800 gegen 210 Stimmen angenommen. Die Anwesenheit der rumänischen Front sind mit ihrem ersten Ansehen vollkommen auf Seiten der Sowjets. (W. T. B.)

Wiederholung der Kämpfe zwischen Maximalisten und Ukrainern.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Köln, 7. Jan. Der zwischen den Maximalisten und den ukrainischen Truppen vereinbarte Waffenstillstand ist am Sonntagabend abgelaufen. Die Kämpfe haben mit Heftigkeit wieder eingesetzt. (Köln, 7. Jan.)

Spannung zwischen Rumänen und dem russischen Mat.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Köln, 7. Jan. Die Beziehungen zwischen Rumänen und dem Mat der Volkskommissare sind wieder gespannt. Sollte Rumänien den russischen Forderungen nicht entgegenkommen, werde Lenin zu sehr energischen Maßnahmen schreiten. (Köln, 7. Jan.)

Rege Artillerie- und Flieger Tätigkeit im Westen und in Mazedonien.

Berlin, 7. Jan. Nach eingetragenen Feindmeldungen an zahlreichen Abschnitten der Westfront lebhaft Artilleriekämpfe eingesetzt, die teilweise bis zum frühen Abend und nachts über in planmäßiger Stärke anhielten. Auch die Flieger Tätigkeit blieb fast überall trotz schlechten Wetters reg. Zahlreiche feindliche Erkundungsabteilungen mußten, ohne ihren Auftrag erfüllen zu können, in unserem Feuer zurückfliehen und erlitten schwere Verluste.

Auch in Mazedonien lebte im Gernabogen, im Kraglen-Gebiete und zwischen Bardar und Doiran-See das feindliche Artilleriefeuer zeitweilig auf. Ein feindliches Flugzeug warf wieder einmal 25 Kilometer nördlich Monastir auf ein bulgarisches Feldlazarett bei Wurgas, das durch Genser Plage und ein großes, weithin sichtbares rotes Kreuz auf dem Erdboden deutlich bezeichnet war. Bomben ab. zehn Lazarett-Fälle wurden durch die neue völkerrechtswidrige Handlung unserer Feinde getötet oder verundet. (W. T. B.)

Der deutsche Heberfall bei Marcoing.

Berlin, 7. Jan. Der deutsche Angriff am 30. Dezember südlich Marcoing war eine völlige Heberhebung für die Engländer, welche die vorrückenden deutschen Truppen in ihren Schneehenden nicht rechtzeitig erkannten, da sie gleichzeitig mit dem weiter vorwärts verlegten Vorbereitungsfeuer der deutschen Sturmtruppen bereits in die vordersten Gräben eindrangen und eine ernsthafte Verteidigung infolge der überraschenden Schnelligkeit ihres Vorgehens unmöglich machte. Im deutschen Vorbereitungsgeschütz der Artillerie und Minenwerfer waren die blühigen Verluste, wie auch die Befangenen überaus betrübend ausfallen, außerordentlich schwer. Vor allem sei die Wirkung des Minenwerfers und der Flammenwerfer getadelt zu verheerend gemeldet. (W. T. B.)

Der Reichstanzler

empfangt laut Berliner „Vol. Anz.“ am Sonntag eine Reihe von Fraktionsführern, denen er ein durcheinander reichendes Bild unserer gegenwärtigen militärischen und politischen Lage zu geben imstande war. Auch eine Reihe von Persönlichkeiten wurde in einer Weise erörtert, daß jeder etwaige Grund zur Beunruhigung als beseitigt angesehen werden kann.

b. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Vol. Anz.“ geschrieben: Die vorige Woche war zu Ende gegangen, nicht ohne in den Tagen wahrhafter Vaterlandsfreunde ernste Besorgnisse zurückzulassen. Diese Besorgnisse waren nicht so sehr begründet in dem sogenannten Zwischenfall von Brest-Litowsk, als vielmehr darin, daß uns aus dem abnehmenden Verhalten der russischen Delegierten bzw. ihrem Verbleiben vom Konferenzorte neue Gefahren drohen könnten. Eine russische Gefahr gibt es insofern für uns nach maßgebender Auffassung nicht, weil wir in den Umständen nicht, mögen die Besten Lage ansagen wie sie wollen. Wohl aber mußten wir erleben, daß die Tatsache, daß die deutschen Bevollmächtigten von der ihnen mitgegebenen Marschroute abwichen, an der Stelle harte Bestimmungen hervorriefen, die die ganze schwere Last von Deutschlands gegenwärtiger Verteidigung zu tragen hat und die daher die strategischen Notwendigkeiten in dieser Beziehung für die Zukunft offen zu beurteilen verheißt. Diese Beurteilung drohte sich zu einer ganz außerordentlich frühen Alternative zuzwängen, deren Lösung nach der einen oder der anderen Seite zur Schicksalsfrage für unser Vaterland hätte werden können. Diese unabweisbare Gefahr ist, wie wir verfeinern können, beseitigt. Der Brester Zwischenfall ist uns in gewissem Sinne zum Heil gewesen. Unsere Delegierten sehen jetzt klarer als früher den Weg, den sie zu gehen haben, und es ist Sorge getragen, daß sie nicht wieder von ihrer Marschroute eigenmächtig — wenn auch im besten Glauben und in bester Absicht — abweichen. Und wir Deutschen, die wir es gut mit unserem Vaterlande meinen, können in die neue Woche mit der festen Zuversicht hineingehen, daß uns nichts und niemand verloren gehen wird, was zu Deutschlands wertvollstem und heiligstem Besitze gehört.

Fractionsführungen in Berlin.

b. Die meisten Fraktionen des Reichstages haben am Sonntag und Montag Sitzungen abgehalten. Am Montag traten die Konservativen um 11 Uhr zu einer Fraktionsführung zusammen. Um 12 Uhr folgte die Deutsche Fraktion, um 12 Uhr das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei und um 1 Uhr die National-Liberalen.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion trat am Sonntag zusammen. Die Beratung gestaltete sich, wie der „Vorwärts“ sagt, insofern schwerer, als die Materie, der sie galt, sich noch im Fluss befindet. Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Fraktion eine Kundgebung, in der sie einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptansatz billigt, und ihre Entschlossenheit bekundet, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zweck verheerender Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die „Arenazita“ schreibt: Es ist ausgeschlossen, daß eine Annäherung zwischen der sozialdemokratischen und der konservativen Auffassung eintrifft, und die Konservativen werden, wie bisher, eine Politik nicht mitmachen, die den bestehenden Gegensatz äußerlich zu überbrücken versuchen sollte.

Hauptansatz des Reichstages.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 7. Jan. Am Hauptansatz des Reichstages erklärte General Friedrich auf eine Anfrage, daß die deutsche Regierung niemals Versuche der Sabotage durch Kriegsgefangene billigt, geschweige organisieren werde. Ein Regierungsvertreter verlas eine Denkschrift über die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Es wurde festgestellt, daß ein Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Russland nach dem militärischen Siege ausgeschlossen sein müsse und daß an einen Anschlag an die Pariser Verhandlungen nicht gedacht werde. In Russland besteht ein Vorurteil gegen den Handelsvertrag mit Deutschland. Die Russen fühlen sich durch ihn benachteiligt, weil er unter dem Druck des russisch-japanischen Krieges zustande gekommen sei. Nach der Meinung der deutschen Regierung hat Russland kein schlechtes Geschäft gemacht. Die Statistiken selber werden zeigen, daß es nicht geben deshalb voneinander abweichende Bilder. Bisher ist es nicht gelungen, die Russen für die Erneuerung des früheren Handelsvertrags zu gewinnen, dagegen sind die russischen Delegierten bereit, in Verhandlungen über einen neuen Vertrag einzutreten. Weiter ist die Frage der Reichsbegünstigung erörtert worden, ferner die

Stellung der aus dem russischen Reichsverbande ausgeschleuderten Randteile. Diese Fragen sind in ihren Einzelheiten noch nicht geklärt, ebenso nicht die Frage der Dauer der Reichsbegünstigung. Die weiteren Verhandlungen, in denen zunächst Abg. Köhler (konf.) das Wort ergriff, wurden für verfrucht erklärt. Mitgeteilt kann werden, daß Dr. Köhler wünscht, der gegenwärtige deutsch-russische Handelsvertrag solle einige Zeit nach dem Friedensschlusse weiterdauern und dann durch einen neuen Handelsvertrag ersetzt werden. Die Aufnahme einer Reichsbegünstigungsklausel in den Friedensvertrag, wie es bei dem Frankfurter Frieden 1871 der Fall war, erregt Köhler als lässlich. — Abg. Dr. Mauer-Kaufmann (konf.) trat besonders für die Einfügung einer Klausel ein, die das Geschäft der Jolle festlegt. — Abg. Dr. Graf Schwerin-Pöslitz (konf.) erörterte die Vorgänge der bedingten Reichsbegünstigung vor der unbedingten. — Weiterberatung morgen.

Vor ersten Entscheidungen.

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt die „Rln. Volkszeitung“, das führende rheinische Zentrumorgan, mit deutlicher Spitze gegen die Erabergeret: Von verschiedenen Seiten werden in den letzten Tagen, leider auch in den Verhandlungen des Reichstages, die Namen von Euburg und Yudenborff in einer Weise in den politischen Streit gezogen, die weder der Wahrheit entspricht, noch den vaterländischen Interessen der Kriegführenden dient. Diese Namen werden in Verbindung gebracht, gegen welche der schärfste Einspruch erhoben werden muß. Nur den Augenblick möchten wir nicht deutlicher werden, aber dringend vor diesem Tun warnen. Wenn aus diesem Vorgehen Folgen entstehen sollten, wie sie vielleicht von jenen Namen selbst nicht einmal gewagt werden, dann würde das deutsche Volk vor die ernsthafte Schicksalsfrage des Krieges gestellt werden. Ueber eins aber wollen wir heute schon keine Unklarheit bestehen lassen: Wenn die Frage zur Entscheidung steht, dann wird das deutsche Volk wie die Kämpfer draußen sich wie ein Mann hinter die Befehlshaber Euburg und Yudenborff stellen, denen sie die bisherige allfällige Vertretung des Vaterlandes verdanken und zu denen sie daher mit ungetrübtem Vertrauen empfehlen.

Der „Vorwärts“ macht folgende Mitteilung: Infolge zahlreicher Einspruchserhebungen von Vaterlandsparlamenten gegen die Haltung der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk hat der Vorsitzende des Landesvereins der deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz, Freiherr v. Vos, zur Verabfolgung ein geheimes Rundschreiben an die Ortsvereine geschickt. In diesem Rundschreiben wird ein Telegramm des Herrn v. Tirpitz an die „Vaterlandspartei, Köln“ abgedruckt, in dem es heißt:

„Der Deutschen Vaterlandspartei gehen täglich von den Landesvereinen tiefbetroffene Kundgebungen zu, die zum Ausdruck bringen, daß mit aller Kraft gegen den gefährlichen Weg der Vertretung eingeleitet werden müsse, der in Brest-Litowsk betreten worden ist. Die Hauptleistung der Deutschen Vaterlandspartei teilt diese Sorgen durchaus. Sie erkennt in dem eingeschlagenen Verfahren eine schwere Gefahr und ist sehr entschlossen, so viel an ihr liegt, alles zu versuchen, um sie noch in letzter Stunde zu beseitigen. In diesem Sinne hat bereits eine Unterredung des ersten Vorsitzenden mit dem Reichskanzler am 30. Dezember stattgefunden. Bei der Hauptleistung bedacht der Eindrud, daß im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens die deutschen Kolonialgebiete im Osten nicht gefährdet sind.“

Die Rigaische Kaufmannskammer.

Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Detailkaufmannschaft, der Großhändler und Agenten Rigas, hat dem Vorherrschenden der Rigascher Kaufmannschaft Kenntnis von ihrem Beschluß gegeben, in dem es heißt: Nach reiflicher Überlegung ist die allgemeine Versammlung der Mitglieder der Rigaischen Kaufmannskammer der letzten Heberzeugung, daß alle nutzbringenden hohen Güter, die jeder ehrbare Kaufmann höher einschätzt, als Wohlleben und leichtem Verdienst, ihm hier nur werden können, wenn ihre alte Vaterstadt und das Vaterland eng angegliedert werden an das große, mächtige Deutsche Reich, wenn sie sich ergeben unter den Schutz und Schirm Sr. Majestät des Deutschen Kaisers. Freudbewegten Herzens und ohne Vorbehalt hat daher die heutige Versammlung der in der Rigaischen Kaufmannskammer vereinigten Rigascher Kaufmannschaft sich für eine solche Angliederung einstimmig ausgesprochen.

Lord Lansdowne

sagte in einer Unterredung, er habe nur eine kurze Zusammenfassung der Rede des Premierministers gesehen und möchte deshalb von ihrer Verbesserung Abstand nehmen, bis er den vollen Wortlaut gelesen habe. Lansdowne bemerkte mit Beifriedigung, daß der Premierminister in den bestimmten Wendungen den Grundgedanken bekräftigt habe, daß England niemals nach großer Macht greift (!) habe, sondern vielmehr danach, sich von den Hoffnungen und Plänen militärischer Herrschaft abzuwenden. Er stimmt mit der Ansicht des Premierministers überein, daß ein gerechter, dauerhafter Frieden nur auf den drei vom Premierminister dargelegten Bedingungen gegründet sein könne. Die Annahme dieser Bedingungen durch Deutschland würde in sich schließen, daß der alte Welt militärischer Herrschaft ausgepflegt habe. Eine solche Annahme würde an sich ein Zugeständnis der Niederlage sein. (W. T. B.)

Als der „friedliche“ Lansdowne identifiziert sich mit Lord George. Gleiche Brüder, gleiche Kappen.

Amerita und Lloyd Georges Kriegsziele.

Washington, 6. Jan. (Reuter.) Die ernste Darstellung der britischen Kriegsziele durch Lord George findet hier alle meine Zustimmung. Die Rede hat außer durch die Richtigkeit ihres Tones und die Klarheit des Ausdrucks wenig Heberachtung hervorgerufen. Die Führer in beiden Kammern des Kongresses sind der Meinung, daß die Darstellung der Kriegsziele der Alliierten sehr klar ist. Die „New York Times“ schreibt: Es ist unmöglich, die Bedeutung des Versprechens Lord Georges zu übertrieben, der französischen Demokratie bis in den Tod beizustehen. Denn man kann die Unterliegung Frankreichs bis zum Neuferten bei seiner Forderung nach Elia Vorbringen nicht als einen Mißerfolg betrachten. (W. T. B.)

Englische Stimmen zu Lloyd Georges Rede.

London, 7. Jan. Das Reuterische Bureau meldet, daß die Blätter die Erklärung Lord Georges als willkommene deutliche und endgültige Erklärung über die Forderungen Großbritanniens warm begrüßen, die nicht weiter herabgesetzt werden können und die den Mittelmächten keine Aussicht mehr gestatten würden. Die Mittelmächte müßten jetzt, wenn sie tatsächlich so sehr nach Frieden verlangten, wie sie behaupteten, mit ähnlicher Aufrichtigkeit antworten. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Rede war gleichzeitig eine Herausforderung und eine Einladung, die mit derselben Offenheit beantwortet werden muß, widrigenfalls die Nationen zu dem Schluß kommen würden, daß Graf Hertling und Graf Czernin deshalb nicht mit der Sprache herausrückten, weil sie nicht wagen, ihre wahren Absichten anzusprechen. Das Blatt fragt: Sind die Mittelmächte bereit, die in der Rede enthaltenen Bedingungen anzunehmen? Wir fürchten, daß die einzige Antwort, die aus Berlin kommen wird, ein Schrei heftiger Enttäuschung darüber sein wird, daß Großbritanniens einer so unverständlichen Annahme fähig ist, daß es Bedingungen aufstellt, die den Sturz des preussischen Militarismus, die Niederlage der deutschen Weltgeltungspläne und die Wiedergutmachung der Verbrechen gegen

Seite 8
Dienstag, 8. Januar 1918
Dresdener Nachrichten